



## SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2023

Das Parlament hält mit dem Volkswillen  
nicht Schritt

# Das Schweizer Suchtpanorama 2023

Welches sind die aktuellen Konsumtrends bei Alkohol, Tabak, illegalen Drogen und psychoaktiven Medikamenten? Welche Probleme manifestieren sich beim Gebrauch digitaler Medien oder beim Geldspiel? Das jährlich erscheinende Suchtpanorama nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und formuliert Empfehlungen für Fachleute und Entscheidungsträger, um Suchtprobleme wirksam zu verhindern und zu verringern.

## Inhalt

Das Parlament hält mit dem Volkswillen nicht Schritt	3
Das Wichtigste in Kürze	5
Alkohol	7
Tabak	12
Illegale Drogen	17
Psychoaktive Medikamente	21
Glücks- und Geldspiel	27
Online-Aktivitäten	32

---

## Auskünfte

Sucht Schweiz



Monique Portner-Helfer  
Mediensprecherin  
[mportner-helfer@suchtschweiz.ch](mailto:mportner-helfer@suchtschweiz.ch)  
021 321 29 74



Markus Meury  
Mediensprecher  
[mmeury@suchtschweiz.ch](mailto:mmeury@suchtschweiz.ch)  
021 321 29 63

---

## SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2023

# Das Parlament hält mit dem Volkswillen nicht Schritt

Mit dem klaren Ja zur Initiative «Kinder ohne Tabak» hat die Bevölkerung gezeigt, dass sie genug von der Tabakwerbung hat, welche Jugendliche in die Sucht treibt. Und das Nein der Genossenschafterinnen und Genossenschafter zum Alkoholverkauf durch die Migros fiel ebenfalls sehr deutlich aus.

Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Suchtmitteln wie Tabak und Alkohol wandelt sich und wird dem Marketing gegenüber kritischer. Doch im nationalen Parlament dominieren nach wie vor die Lobbies der Industrien. Sie verhindern den Volkswillen und verursachen damit Suchtprobleme.

Gleichzeitig zeigen Umfragen, dass die Bevölkerung heute eine Regulierung des Cannabis jenseits des Verbotes will. Suchtmittel sollen gemäss den verursachten gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden reguliert und mit einer starken Prävention begleitet werden.

Sucht Schweiz fordert die Politik im Wahljahr dazu auf, den Willen der Bevölkerung endlich ernst zu nehmen.

56.6 % der Bevölkerung stimmte vor einem Jahr dafür, sämtliche Tabakwerbung zu verbieten, die Kinder und Jugendliche erreicht. Für einen Teil der Parlamentsmehrheit mag dieser Ausgang überraschend gewesen sein, aber er hat sich angekündigt. In unterschiedlichen Bevölkerungsumfragen nahm der Anteil derjenigen, die sich für ein totales Werbeverbot für Tabakprodukte aussprachen, von 48 % (2012) auf 67 % (2020) kontinuierlich zu.

Auch der Durchsetzung des Alkoholverkaufs auf Autobahnraststätten war nicht ein Bedürfnis aus der Bevölkerung, sondern eine Interessenvertretung eines Anbieters **vorausgegangen**. Eine Umfrage der Beratungsstelle für Unfallverhütung zeigte, dass 82 % der Bevölkerung sich gegen die Ausweitung aussprachen. Dem Parlament waren wirtschaftliche Interessen allerdings näher.

Bei der Migros konnten die 2.2 Millionen Genossenschaftsmitglieder ihre Ansichten allerdings durchsetzen. Nachdem die meisten Direktionen und alle Genossenschaftsparlamente sich für den Alkoholverkauf ausgesprochen hatten, legte die Migros-Stimmbevölkerung mit einem Dreiviertelmehr ein wuchtiges Nein in die Urne. Sie haben damit klargemacht, dass Alkohol eben kein Produkt wie jedes andere ist.

### Cannabis: Anpassung an die Entwicklung

Nachdem die Bevölkerung im Jahr 2008 eine Legalisierung des Cannabiskonsums noch mit 63 % abgelehnt hatte, scheint sich die Stimmung inzwischen gewandelt zu haben. Nach einer neuen Umfrage des Bundesamtes für Gesundheit sprachen sich im Jahr 2021 **zwei Drittel der Befragten** für eine Legalisierung mit starker Prävention aus.

Mit der Annahme von parlamentarischen Vorstössen zu Pilotversuchen und einer neuen Regulierung entspricht das Parlament dem Trend in der Bevölkerung. Bei einigen Parlamentsmitgliedern mögen aber auch wirtschaftliche Erwägungen und Aussichten auf neue Märkte eine Rolle spielen. Die Verhandlungen zu Regulierungsmodellen werden dazu Aufschluss geben.

## Die Bevölkerung will Veränderung in der Suchtpolitik

Es scheint so, als dass die Bevölkerung mehr und mehr eine Regulierung der Substanzen nach den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden wünscht und die heutigen Regulierungen diesbezüglich als nicht adäquat ansieht. Offenbar ist es für breite Schichten nicht nachvollziehbar, warum z.B. Alkohol fast schon grenzenlos vermarktet werden darf und Cannabis gleichzeitig verboten ist.

Konsequenterweise ist eine Kohärenz der Regulierungen anzustreben. Was das für die einzelnen Substanzen heissen mag, muss noch genauer definiert werden. Dabei sollte es das Ziel sein, Probleme im Zusammenhang mit dem Konsum von psychoaktiven Substanzen und Verhalten mit Suchtpotenzial zu vermindern sowie die öffentliche Gesundheit ins Zentrum zu stellen.

Strukturelle Prävention hat einen grossen Einfluss auf das Ausmass von Suchtproblemen. Im Wahljahr 2023 wird somit auch die Suchtpolitik zum Thema. Wählende, die sich für Suchtprobleme interessierten, sollten sicherstellen, dass sie ihre Stimme denjenigen Kandidierenden geben, die die Prävention ernst nehmen.

### *Der Stillstand im Parlament*

**Alkohol** Ende 2015 wurde nach fast vierjährigen Verhandlungen die Revision des Alkoholgesetzes abgebrochen. Seither hat das Parlament einzig im Jahr 2016 eine Motion zur gesetzlichen Verankerung von Alkoholtestkäufen angenommen, gleichzeitig im 2019 aber den Alkoholverkauf auf Autobahnen durchgesetzt.

**Tabak** Im Jahr 2015 hat das Parlament den Vorschlag des Bundesrates für ein neues Tabakproduktegesetz zurückgewiesen. Nach jahrelangen Verhandlungen verabschiedete das Parlament dank der Lobby der Tabak- und Werbebranche dann ein Minigesetz, das ausser einer Anhebung des Mindestalters für den Kauf von Tabakprodukten kaum Verbesserungen enthielt. Nach der Annahme der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» haben die Lobbies im Parlament bereits Widerstand gegen deren effektive Umsetzung angekündigt.

**Medikamente** Obwohl erhebliche Probleme mit suchtgenerierenden Medikamenten (Schmerzmittel auf Opioidbasis oder Benzodiazepine) bestehen, sieht das Parlament keinen Handlungsbedarf.

**Geldspiel** Das Anfang 2019 in Kraft getretene neue Geldspielgesetz hat eine Ausweitung des riskanten Onlinegeldspiels gebracht, aber kaum Verbesserungen beim Schutz der Spielenden. Eine Evaluierung des Gesetzes soll erst stattfinden, wenn die Konzessionen für weitere Casinos verteilt sind, und es ist nicht klar, welchen Stellenwert der Spielendenschutz in der Evaluierung einnehmen wird.

**Präventionsgesetz** Im Jahr 2012 scheiterte der Versuch, ein Präventionsgesetz einzuführen, im Parlament. Seither wurde kein neuer Anlauf genommen.

## Das Wichtigste in Kürze

### Alkohol

Während die meisten Menschen ihren Konsum im Zuge der Covid-Pandemie nur wenig veränderten, ist bei gefährdeten Gruppen eine leichte Polarisierung des Verhaltens zu beobachten. Neue epidemiologische Daten zum Alkoholkonsum in der Schweiz werden erst mit der Veröffentlichung der Resultate der schweizerischen Gesundheitsbefragung im Verlauf des Jahres 2023 erhältlich sein.

Die Migros-Genossenschaftsmitglieder haben im Juni 2022 mit einer Dreiviertelmehrheit dem Alkoholverkauf in der Migros einen Riegel geschoben. Jugendliche haben allerdings anderswo zu leichten Zugang zum Alkohol: In 33.5 % der Testkäufe im Detailhandel und der Gastronomie sowie in gar 93.8 % der Testkäufe im Internet haben Jugendliche illegal Alkohol erhalten. Die Politik ist gefordert, nun endlich zu handeln. Die leichte Erhältlichkeit muss auch für Jugendliche gestoppt, die Preise erhöht und die allgegenwärtige Werbung reduziert werden.

### Tabak

Nach der historischen Annahme der Initiative «Kinder ohne Tabak» hat das Ringen um die Umsetzung in Gesetz und Verordnungen begonnen. Die beteiligten Organisationen werden sicherstellen, dass der volle Jugendschutz gewährleistet wird. Denn elektronische Zigaretten wie Puff-Bars verbreiten sich unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ohne dass der Zigarettenkonsum abnimmt, und generieren eine weitere Gruppe von Nikotinabhängigen.

Mit der Preispolitik wird einer der effektivsten Hebel zur Eindämmung der schädlichen Nikotinprodukte in der Schweiz zu wenig genutzt. Das Tabaksteuergesetz muss nun nicht nur zur Einführung von konsequenten Steuern auf E-Zigaretten, sondern auch zur Erhöhung der Steuern auf klassischen Zigaretten revidiert werden.

### Cannabis und andere Drogen

Um den Konsum illegaler Drogen in der Schweiz zu verstehen, fehlen aktuelle Daten. Die Behandlungsnachfrage bei Kokainproblemen hat allerdings in den letzten Jahren zugenommen, während sie bei Heroin abgenommen hat. Bei Cannabis ist die aktuelle Entwicklung unklar.

In der Politik dreht sich weiterhin fast alles um Cannabis. Vermehrt kommen konkrete Regulierungsvorschläge auf den Tisch. Auch Fragen zur Störung der öffentlichen Ordnung durch den Handel und den Konsum illegaler Drogen stehen regelmässig auf der politischen Agenda, wie zum Beispiel in Genf mit dem Crack-Kokain.

## Psychoaktive Medikamente

Die Verkaufszahlen von potenziell abhängig machenden Schlaf- und Beruhigungsmitteln sind relativ stabil, aber auf hohem Niveau. Die Pandemie hat aber zu Belastungen geführt, die von einigen auch jüngeren Menschen mit entsprechenden Medikamenten angegangen werden.

Die Steigerung der Verkäufe von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln war erheblich, es scheint aber, dass nun ein Plafond erreicht worden ist. Verbreitete Suchtprobleme sind zwar nicht bekannt, aber das Fehlen von regelmässigen Daten zu Verschreibungen und Suchtproblemen ist beunruhigend.

Der Medikamenten-Mischkonsum ist wegen Todesfällen unter jungen Menschen ins Rampenlicht gerückt, und weitere Umfragen zeigen eine erhebliche Verbreitung. Erste Resultate von vertieften Untersuchungen zeigen detaillierten Handlungsbedarf.

## Glücks- und Geldspiel

Der zwischen 2020 und 2021 um 25 % steigende Online-Umsatz hat den Einnahmerückgang bei den landbasierten Spielbanken während der Pandemie kompensiert. Die Anzahl neuer Spielsperren stieg erneut um 19 % gegenüber dem Vorjahr.

Seit gut drei Jahren sind die stärker suchtgenerierenden Online-Casinos in der Schweiz zulässig. Da drängt sich die Frage auf, ob das neue Gesetz einen ausreichenden Schutz der Spieler und Spielerinnen bietet. Sucht Schweiz ortet einige Verbesserungsmöglichkeiten, damit gefährdete Spieler und Spielerinnen sich nicht weiter überschulden und in eine Sucht abrutschen. Dazu zählen die Stärkung der Aufsichtsbehörden und ein wirksames Playertracking.

## Online-Aktivitäten

Seit 2019 enthält die internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) die diagnostische Kategorie «Disorders due to addictive behaviours» und erwähnt explizit die Videospiel-Nutzungsstörung sowie die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung. Die Grenzen zwischen den beiden Aktivitäten sind allerdings fließend geworden. Die international geschätzte Prävalenz der Videospiel-Nutzungsstörung bei den Jugendlichen schwankt zwischen 0.5 % und 5 %. Um die Risiken zu vermindern, braucht es viel Sensibilisierung und gezielte Regulierung. Sucht Schweiz ortet bei den Kaufsystemen in Videospielen Handlungsbedarf.

## ALKOHOL



### Reformstau in der Schweizer Alkoholpolitik

Die Pandemie hat den Alkoholkonsum insgesamt nur wenig verändert – abgesehen von einer Polarisierung bei gefährdeten Gruppen: Einige reduzierten ihren Konsum, während andere mehr tranken.

Dank dem klaren Votum der Abstimmenden bleibt die Migros alkoholfrei – ein für die Suchtprävention deutliches Zeichen.

Wie Testkäufe zeigen, weist der Jugendschutz im Detailhandel und der Gastronomie grosse Lücken auf. Beim Verkauf übers Internet fallen die Testresultate katastrophal aus.

Die Politik ist gefordert, nun endlich zu handeln. Alkohol ist neben Tabak diejenige psychoaktive Substanz, die heute am meisten Schäden verursacht. Um dies zu ändern, muss das grenzenlose Marketing eingeschränkt, Billigalkohol verhindert und der Jugendschutz überall durchgesetzt werden.

*Redaktion: Monique Portner-Helfer; Gerhard Gmel*

# 1. Aktuelle Situation

## Warten auf aktuelle Zahlen

Seit einer Omnibus-Erhebung (Gesundheit und Lifestyle) im Jahr 2018 gibt es für die Schweiz keine neuen nationalen Daten zum Alkoholkonsum. Die Schweizerische Gesundheitsbefragung liefert nur alle fünf Jahre aktuelle Zahlen. Erkenntnisse aus der jüngsten Umfrage von 2022 werden folgen.

Die zwei zentralen risikobehafteten Trinkmuster sind der episodisch risikoreiche Konsum (Rauschtrinken) und der chronisch risikoreiche Konsum (ein langfristiger und regelmässig hoher Konsum). Der Anteil der Schweizer **Bevölkerung** mit chronisch risikoreichem Konsum betrug im Jahr 2017 4.7%. 15.9% der Bevölkerung trinken episodisch risikoreich.

Die Einnahmen aus der Bier- und Spirituosensteuer betragen im Jahr 2021 total 388.5 Mio. Franken. Im Vergleich zum ersten Pandemiejahr fielen diese Einnahmen höher aus (2020: 379.2 Mio. Fr.).

## Pandemie: Mehrheit hat den Konsum nicht verändert

Eine **Untersuchung** zu den Veränderungen im Zuge der Corona-Schutzmassnahmen zeigt einen leichten Rückgang der durchschnittlich konsumierten Menge in der Gesamtbevölkerung. Zudem gibt es eine Polarisation bei gefährdeten Gruppen: Einige erhöhten den Alkoholkonsum, andere reduzierten ihn eher.

In einer repräsentativen Befragung von Sucht Schweiz im Auftrag des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit wurden im Sommer 2021 rund 2000 Personen ab dem Alter von 15 Jahren zu ihrem Alkoholkonsum und den -käufen befragt. Im Fokus stand der Zeitraum zwölf Monate vor und nach Einführung der Schutzmassnahmen Mitte März 2020.

Beim Trinken zu Hause haben nach eigener Wahrnehmung 16% der Befragten ihren Konsum ein wenig oder stark reduziert, dagegen 17% ein wenig oder stark erhöht. Die Zahlen sind für Männer und Frauen vergleichbar. Die Konsumerhöhung lässt sich im Wesentlichen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15- bis 24-Jährige) beobachten, während der Konsum bei den älteren Altersgruppen eher rückgängig war. Erwartungsgemäss nahm der Konsum im Ausgang (Restaurants, Bars) ab.

Als Grund für einen erhöhten Alkoholkonsum werden in erster Linie das Vergnügen, mehr Freizeit, erhöhter Stress, Langeweile oder Bewältigung bei deprimierten Verstimmungen genannt. Eine Konsumreduktion wird vor allem mit dem Fehlen geselliger Gelegenheiten oder gesundheitlichen Aspekten begründet.



**33.5%**

illegale Verkäufe an  
Jugendliche in Detailhandel  
und Gastronomie

## Jugendschutz stark mangelhaft, im Internet inexistent

Sucht Schweiz hat im Auftrag des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) die Ergebnisse der im Jahr 2021 hierzulande durchgeführten Alkoholtestkäufe ausgewertet. Trotz des gesetzlichen Verbots wurde in 33.5% der Fälle Bier und Wein an Jugendliche verkauft. Dies bedeutet eine Steigerung um 4.4 Prozentpunkte gegenüber 2020. Am wenigsten illegale Verkäufe gab es bei den Tankstellenshops, gefolgt von den Restaurants/Cafés und den Ladenketten sowie Grossverteilern. Schlechter schnitten die Bars/Pubs ab.

Erstmals wurden auch Online-Testkäufe gemacht, deren Resultat katastrophal ausfällt. 93.8% der Jugendlichen haben durch die Bestellung im Internet illegal Alkohol erhalten. Nur in 18.5% der Fälle wurde beim Bestellvorgang nach dem Alter gefragt; bei der Auslieferung in 12% der Fälle. Selbst bei wahrheitsgemässer Angabe erhielt die grosse Mehrheit der minderjährigen Testpersonen dann gleichwohl den Alkohol.

## Krebsleiden nehmen zu – Alkohol spielt wohl eine Rolle

Alkohol zählt nach Tabak zu den weltweit führenden Risikofaktoren im Zusammenhang mit Krebsleiden wie eine in «The Lancet» veröffentlichte Untersuchung aufzeigt. Eine Studie der Harvard- Universität, die Daten aus 44 Ländern ausgewertet hat, weist darauf hin, dass die Anzahl Krebserkrankungen bei unter 50-Jährigen steigt. Dies wird unter anderem mit Alkoholkonsum in Verbindung gebracht.

## Alkohol, ein sehr häufiger Auslöser für eine Behandlung

Die im Rahmen des Projekts act-info durchgeführte Institutionenbefragung zeigt, dass im Jahr 2021 in der Schweiz 40.4% der Personen, die in professionelle Suchthilfeinrichtungen eintraten, hauptsächlich wegen Alkoholkonsums behandelt wurden. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 45 Jahren.

## 2. Politik

Auf politischer Ebene bewegt sich beim Alkohol in letzter Zeit kaum etwas, und wenn, sind es Liberalisierungsschritte – wie z.B. der Alkoholverkauf auf Autobahnraststätten oder der jüngste Entscheid des jurassischen Parlaments zur Abschaffung des Verkaufsverbots in Tankstellen zeigen. Der politische Stillstand ist in Anbetracht der Problemlage erstaunlich. Alkoholmissbrauch verursacht jährlich geschätzte volkswirtschaftliche Kosten von rund 2.8 Milliarden Franken.

### Die Migros bleibt alkoholfrei

Gut 2.2 Millionen Menschen von allen zehn Genossenschaften lehnten im letzten Juni den Alkoholverkauf ab, mit insgesamt **rund 75 % Nein-Stimmen**. Das Stimmvolk der Migros hat damit ein klares Zeichen gesendet: Alkohol ist nicht ein Produkt wie jedes andere, sondern eine psychoaktive Substanz, die grosse gesellschaftliche Probleme verursacht. Die Abstimmung ermutigt Suchtfachleute, Forderungen zu stellen und Lösungswege aufzuzeigen.

Ein klares Zeichen der  
Bevölkerung gegen noch  
mehr Alkohol

### Rechtsgrundlage für Online-Testkäufe

Mit einer Interpellation erkundigt sich Yvonne Feri (Aargau, SP) nach dem Handlungsbedarf in Anbetracht der hohen Verstoss-Quote bei Testkäufen im Online-Handel: Aktuell gibt es keine gesetzliche Grundlage, die ein Bestellen unter fiktivem Namen erlauben würde. Wie der Bundesrat in seiner Antwort festhält, ist vorgesehen, eine solche Grundlage im Rahmen der laufenden Revision des Zollgesetzes im Lebensmittelgesetz (LMG; SR 817.0) einzuführen.

### Hin und Her wegen Bierwerbung in Zürich

Neue Bierreklamen an Restaurantfassaden sollten ab Juli 2022 in der Stadt Zürich aus Präventionsgründen verboten werden. Das Parlament beschloss aber im vergangenen September, dass der Stadtrat dieses Verbot wieder zurücknehme.

### WHO empfiehlt Mindestpreise

Nach Einführung von Mindestpreisen in Schottland und Wales führte Irland eine Steuer von 10 Cents pro Gramm Alkohol ein. Seit Anfang 2022 muss man in Irland für eine Flasche Wein mindestens rund acht Franken zahlen.

Konsumsteuerung über den  
Preis ist sehr wirksam, vor  
allem bei Risikogruppen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) macht sich für Mindestpreise als kostengünstige und wirksame Massnahme stark. Die WHO-Region Europa sei diejenige mit dem höchsten Anteil an alkoholbedingten Todesfällen weltweit – etwa 12 % bei Männern und 8 % bei Frauen.

## 3. Unsere Forderungen

Wie erschwinglich, attraktiv und verfügbar Alkohol ist, prägt den individuellen Konsum. Mit strukturellen Massnahmen kann die Politik präventiv eingreifen. Insbesondere ist die Wirksamkeit preislicher Massnahmen, der Einschränkung der Erhältlichkeit sowie der Werbung breit belegt und von der WHO als die effizientesten Massnahmen ausgewiesen. Sucht Schweiz fordert deshalb:

### → Höhere Preise, um Risikogruppen zu schützen

Alkohol ist hierzulande viel zu billig. Preisliche Massnahmen wie z. B. ein Mindestpreis reduzieren den Alkoholkonsum von Jugendlichen und anderen Risikokonsumierenden. Die Schweizer Alkoholsteuern in Prozent des Endverkaufspreises sind im europäischen Vergleich tief: Wein wird nicht besteuert, die Biersteuern sind mit 3.3 % die viertiefsten in Europa (europäischer Median-Wert 10.8 %) und die Spirituosensteuern liegen mit 23.8 % ebenfalls stark unter dem Durchschnitt (europäischer Median-Wert 30.6 %).

### → Werbeeinschränkungen, um Konsum zu drosseln

Jugendliche sind massiver Alkoholwerbung und alkoholbezogenen Anreizen ausgesetzt, sowohl in der realen Welt wie auch in den sozialen Medien, was nachweislich zu mehr Alkoholkonsum führt. Deshalb braucht es Einschränkungen bei der Werbung, welche Jugendliche erreicht.

### → Jugendschutz verbessern

Ein System mit automatischer Vorweisung eines Personalausweises ist in etlichen Ländern Europas Praxis und drängt sich auch für die Schweiz auf. Zudem muss das Verkaufs- und Servicepersonal mit besserer Schulung und technischen Hilfsmitteln wirksamer unterstützt werden.

Im Online-Bereich ermöglichen Technologien das direkte Einscannen der Identitätskarte. Um dies zur Regel zu machen, braucht es eine Gesetzesgrundlage.

### → Kein Alkoholverkauf während der Nacht

Untersuchungen zeigen, dass durch das Nachtverkaufsverbot ab 21 Uhr in den Kantonen Genf und Waadt insbesondere bei jüngeren Personen bis zu 30 % weniger Spitaleinlieferungen wegen Alkoholvergiftung registriert wurden. Sucht Schweiz fordert die Einführung eines nationalen Nachtverkaufsverbots.

## TABAK



### Ringen um die Umsetzung der Initiative - Dringlichkeit auch wegen der Verbreitung von Puff-Bars

Nach der historischen Annahme der Initiative «Kinder ohne Tabak» hat das Ringen um die Umsetzung des Volkswillens in Gesetz und Verordnungen begonnen. Die Lobbies versuchen bereits, den effektiven Jugendschutz zu untergraben.

Das Tabakproduktegesetz muss nun rasch und vollständig in Verordnungen umgesetzt werden. Denn die Zeit drängt: Elektronische Zigaretten wie Puff-Bars verbreiten sich unter den Jugendlichen und generieren die nächste Generation von Nikotinabhängigen.

Mit der Preispolitik wird einer der effektivsten Hebel zur Eindämmung der schädlichen Nikotinprodukte in der Schweiz zu wenig genutzt. Das Tabaksteuergesetz muss nun nicht nur zur Einführung von konsequenten Steuern auf E-Zigaretten, sondern auch zur Erhöhung der Steuern auf klassischen Zigaretten revidiert werden.

*Redaktion: Markus Meury; Grégoire Vittoz*

# 1. Aktuelle Situation

Zum Tabakkonsum in der Gesamtbevölkerung existieren keine aktuellen Zahlen. Die letzten verfügbaren Daten der Schweizerischen Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2017 zeigten, dass noch immer gut ein Viertel der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren raucht, 19 % täglich.

Nikotinprodukte sind unter jungen Menschen weiterhin sehr stark verbreitet. Bei einer grossen Umfrage unter den Aargauer Berufs- und KantonsschülerInnen im Jahr 2021 gab rund ein Drittel der befragten 15- bis 17-Jährigen an, mindestens wöchentlich ein Nikotinprodukt zu konsumieren. Dabei gab ein Viertel der Befragten an, zu rauchen, und 16.6 % gebrauchten andere Tabak- oder Nikotinprodukte. Rund 8 % konsumierten also beides in diesem Zeitraum.

Nun scheint sich der Konsum von Einweg-E-Zigaretten des Typs «Puff Bar» zu verbreiten, möglicherweise besonders unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die sie offenbar konzipiert wurden. Eine Umfrage in der Westschweiz zeigte, dass 30 % der 14- bis 25-Jährigen im letzten Monat vor der Befragung Puff Bars konsumiert haben, insgesamt 12 % regelmässig. Als Motive werden hauptsächlich die diversen Geschmacksrichtungen, der nicht vorhandene Tabakgeruch und die einfache und diskrete Handhabung erwähnt. Die Werbung für solche Produkte wird hauptsächlich in den sozialen Medien und auf Internet wahrgenommen. Das Aufkommen dieser Produktkategorie ist auch deshalb problematisch da sie speziell für junge Menschen konzipiert wurde und viele neue Nikotinkonsumenten unter ihnen rekrutiert. Zudem enthalten sie ein meist nicht kommuniziertes Gemisch an chemischen Stoffen (dessen Wirkung noch unbekannt ist) und manchmal eine unzulässig hohe Nikotinkonzentration. Die Mehrheit der Kantone kennt überdies noch kein Verbot des Verkaufs an Minderjährige.

**E-Zigaretten, insbesondere Puff Bars scheinen zusätzlichen Nikotinkonsum vor allem unter jungen Menschen zu generieren**

Diese Entwicklung muss auch deshalb aufmerksam verfolgt werden, weil nach einer neusten Metastudie immer klarer wird, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Konsum von E-Zigaretten und dem Konsum von klassischen Zigaretten sowie möglicherweise auch dem Cannabiskonsum gibt. Auch eine neue Studie in Deutschland berichtet von einem Anstieg des Konsums von nichtkonventionellen Nikotinprodukten (Shisha und E-Zigaretten) und dies vor allem bei jüngeren Leuten, was voraussichtlich in Zukunft zu einem Anstieg des Nikotingesamtkonsums führen werde. Bereits die weiter oben beschriebenen Umfragen lassen vermuten, dass der aufkommende Konsum von E-Zigaretten nicht zu einem Rückgang des Konsums von klassischen Zigaretten, sondern zu zusätzlichem Nikotinkonsum unter jungen Menschen geführt hat.

Die Schweizerische Gesundheitsbefragung 2022 (Gesamtbevölkerung) und die nationale Schülerstudie Health Behaviour in School-aged Children 2022 werden im Verlaufe des Jahres 2023 endlich neue Zahlen liefern.

**Zigarettenverkäufe  
sinken, Konsum anderer  
Nikotinprodukte steigt**

## Markt: Diversifizierung geht weiter

Die Anzahl verkaufter industrieller Zigaretten hat zwischen 2014 und 2021 um rund 10 % auf jährlich 9.13 Milliarden Stück abgenommen. Umgekehrt hat die Einfuhr von Tabak für Zigaretten zum selber Drehen zwischen 2014 und 2021 um 50 % auf knapp über 1000 Tonnen pro Jahr zugenommen.

Produkte wie E-Zigaretten, Produkte zum Erhitzen und Snus scheinen im Trend zu sein, neben dem Fehlen von aktuellen epidemiologischen Daten sind auch zuverlässige Marktdaten nur schwierig erhältlich. Es gibt aber Indizien, die darauf hindeuten, dass in der Schweiz

- der Anstieg des Konsums von E-Zigaretten kontinuierlich und beträchtlich ist
- die Tabakerhitzungsprodukte IQOS nach Eigenangaben im Jahr 2022 einen Marktanteil von 9.5% unter den Tabakprodukten hatten (+3.8 %-Punkte seit 2021)
- die Verkäufe von Snus, gemäss dem «Snusbericht 2021» eines Vertreibers, zwischen 2020 und 2021 um 15 % und von Nikotinbeutel ohne Tabak um 37 % zugenommen haben.

Die Einfuhr von Kau-, Rollen- und Schnupftabak aus Schweden ist zwischen 2016 und 2019 um 150 % auf einen Wert von 20 Millionen Franken gestiegen. Nach der Legalisierung des Snus-Verkaufs in der Schweiz im Jahr 2019 sind mehrere Produzenten mit aggressivem Marketing neu im Schweizer Markt eingestiegen. Die in der Schweiz versteuerten Mengen von Kautabak und Snus sind zwischen 2019 und 2021 von 143 auf 254 Tonnen gestiegen, wobei die nichtversteuerte, private Einfuhr in derselben Zeit wohl abgenommen hat. Nach den Detailzahlen von 2018 wird Snus kaum zum Rauchausstieg genutzt.

## Kosten bis zu 6.2 Milliarden Franken pro Jahr

Eine Studie zeigt, dass die Allgemeinheit durch das Rauchen stark belastet wird: Alleine das Rauchen (ohne den Konsum von anderen Tabakprodukten und Passivrauch) führte im Jahr 2017 in der Schweiz zu volkswirtschaftlichen Kosten von 3.9 bis 6.2 Milliarden Franken (je nachdem, ob der Friktionskosten- oder der Humankapitalansatz für die Berechnung gewählt wurde). Davon betragen die Kosten für das Gesundheitswesen über 3 Milliarden Franken.

Weitere Problematiken für die Allgemeinheit werden in diesen Zahlen gar noch nicht abgebildet, so zum Beispiel die Umweltschäden durch weggeworfene Puff Bars und Zigarettenstummel oder die Präsenz von im Durchschnitt 77 Zigarettenstummeln auf Schweizer Spielplätzen, wie eine neue Studie zeigte.

## 2. Politik

Ein historisches Signal:  
Die Bevölkerung will mehr  
Tabakprävention

Am 13. Februar 2022 nahm die Mehrheit von Volk und Ständen die von den Gesundheitsorganisationen lancierte Initiative «Kinder ohne Tabak» an. Die Bevölkerung hat damit klar gezeigt, dass sie eine stärkere Tabakprävention will. Alle Werbung für Tabak- und Nikotinprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht, soll verboten sein. Der Bundesrat hat Ende August 2022 eine entsprechende Revision des Tabakproduktegesetzes in die Vernehmlassung geschickt, die die Initiative konsequent und mit Kontrollen auch wirksam umsetzt. In diesem Zusammenhang soll auch ein neuer Anlauf zur Ratifizierung des WHO-Rahmenabkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs genommen werden. Die Schweiz ist zusammen mit Liechtenstein, Monaco und Andorra das letzte europäische Land, dem dies noch nicht gelungen ist.

### Umsetzung der Initiative: Der Kampf hat begonnen

Wirtschaftsverbände und die Industrie haben bereits Widerstand gegen die Umsetzung des Volkswillens angekündigt. Auch wenn der Initiativtext gar keinen Spielraum zu Ausnahmen bietet, so werden bereits solche für «weniger schädliche Produkte» gefordert und die Kontrolle der Werbung im Internet torpediert. Der Widerstand ist kein Wunder, denn die Schweiz beherbergt die europäischen resp. globalen Hauptsitze der drei grössten Tabakkonzerne. Nach einer [Studie](#) des Global Tobacco Industry Interference Index (GTIII) hat die Tabakindustrie weltweit nur in der Dominikanischen Republik noch mehr Einfluss als in der Schweiz.

Im Juni 2022 wurde zudem im Nationalrat eine [Motion](#) von Benjamin Roduit (Mitte, VS) angenommen, die ein Verbot von bei Jugendlichen beliebten aromatisierten Zigaretten fordert. Im Jahr 2023 wird die Motion vom Ständerat beraten.

### Tabaksteuergesetz

Mit der Teilrevision des Tabaksteuergesetzes besteht eine weitere Gelegenheit zur Verbesserung der Tabakpolitik, bei welcher die Schweiz nach der [neuen Tobacco Control Scale](#) noch immer auf dem zweitletzten Rang in Europa liegt. Dabei sollen die bei den Jugendlichen beliebten E-Zigaretten neu auch besteuert und damit verteuert werden, damit sie weniger als Einstiegsprodukte dienen. Denn auf Grund ihrer Preissensibilität hätte eine Verteuerung Einfluss auf den Konsum der Jugendlichen. Die [Vorlage](#), die der Bundesrat nun ins Parlament geschickt hat, sieht nur eine Besteuerung pro Milliliter Flüssigkeit und keine Mindeststeuer oder Besteuerung nach Nikotingehalt vor. Eine Steuer kann damit durch Konzentration umgangen werden. Immerhin ist die Steuer auf Puff-Bars explizit höher. Die Steuern auf anderen Nikotinprodukten und auf klassischen Zigaretten wurden leider nicht angetastet, obwohl sich eine Erhöhung der im europäischen Vergleich tiefen Zigarettenpreise zur Senkung der Raucherquote aufdrängt.

Die Vorlage des  
Tabaksteuergesetzes ist noch  
ungenügend, um Jugendliche  
vom Einstieg abzuhalten

## 3. Unsere Forderungen

Die Bevölkerung hat sich klar für Tabakprävention ausgesprochen. Dieser historische Richtungswechsel ist ein Wink mit dem Zaunpfahl, dass die Politik die Gesundheit der Bevölkerung höher gewichten soll.

### → Effektive Massnahmen endlich anwenden

Die effektivsten und günstigsten Massnahmen zur Senkung der Raucherquote und der damit verbundenen Probleme sind schon länger bekannt: Die sogenannten «Best Buys» der WHO harren in der Schweiz noch immer der Umsetzung:

- Ein umfassendes Verbot von Werbung und Promotion
- Konsequente Preiserhöhungen
- Neutrale Zigarettenpackungen (zur Verminderung der Attraktivität gerade bei Jugendlichen bereits von 22 Ländern beschlossen)
- Eine stärkere Förderung der Entwöhnung

### → Initiative jetzt vollständig umsetzen

Nach dem Erfolg an der Urne werden die Trägerorganisationen den Gesetzgebungsprozess eng verfolgen und darauf hinwirken, dass die Initiative rasch und verfassungskonform umgesetzt wird. Dies heisst, dass jegliche Nikotinwerbung, die Jugendliche erreicht, verboten werden muss. Es braucht insbesondere eine effektive Umsetzung des Werbeverbots im Internet (wo die Tabak- und Puff Bar-Werbung boomt), was dank dem technischen Fortschritt auch möglich ist.

### → Tabak- und Nikotinsteuern müssen effektiv werden

Die Teilrevision des Tabaksteuergesetzes gibt Gelegenheit, die bei Jugendlichen beliebten E-Zigaretten zu verteuern, damit sie weniger als Einstiegsprodukte dienen. Doch der Gesetzesvorschlag ist ungenügend, um dieses Ziel zu erreichen. Hierzu bräuchte es eine Mindestbesteuerung und eine Besteuerung nach Nikotingehalt statt nach Millilitern. Statt die Steuern auf E-Zigaretten tief zu halten, um ein Umsteigen von Rauchenden nicht zu verhindern, sollten die Steuern auf Zigaretten erhöht werden. Denn gemessen an der Kaufkraft sind Zigaretten in der Schweiz im Vergleich zum Ausland recht günstig.

### → Rasches Handeln bezüglich Puff Bars

Die besten Massnahmen gegen die Verbreitung der Puff Bars unter den Jugendlichen sind wiederum die Best Buys der WHO: Verteuern, Reduktion der Attraktivität (Geschmäcker, neutrale Verpackung) und die Verhinderung von Werbung und Promotion gegenüber den Jugendlichen. Zudem muss auch beim Verkauf im Internet endlich der Jugendschutz sichergestellt sowie die gesetzliche Basis für Testkäufe geschaffen werden.

### → Rauchausstieg fördern

Es scheint, dass der Rauchausstieg hierzulande zu wenig gefördert wird: Beispielsweise sollten die erwiesenermassen hilfreichen Nikotinersatzprodukte von den Krankenkassen bezahlt werden.



## ILLEGALE DROGEN



### Bessere Datenlage für ein besseres Verständnis

Um den Konsum illegaler Drogen in der Schweiz zu verstehen, fehlen aktuelle Daten. Die vereinzelt vorliegenden Informationen deuten darauf hin, dass die Kokainprobleme hierzulande zunehmen, während die Probleme mit Heroin stagnieren oder abnehmen. Bei Cannabis ist die aktuelle Entwicklung unklar.

In der Politik dreht sich weiterhin fast alles um Cannabis. Vermehrt kommen konkrete Regulierungsvorschläge auf den Tisch. Auch Fragen zur Störung der öffentlichen Ordnung durch den Handel und den Konsum illegaler Drogen stehen regelmässig auf der politischen Agenda.

*Redaktion: Frank Zobel, Florian Labhart*

# 1. Aktuelle Situation

Die aktuellsten Zahlen zum Konsum illegaler Drogen in der Schweizer Bevölkerung sind bereits fünf Jahre alt. Daher ist es schwierig, Aussagen zu laufenden Trends zu machen. Die höchste Konsumprävalenz hat Cannabis: Laut der Schweizerischen Gesundheitsbefragung haben 2017 rund 4 Prozent der Bevölkerung in den letzten 30 Tagen Cannabis konsumiert. Am zweithäufigsten, jedoch mit einer wesentlich kleineren Prävalenz, wurde Kokain konsumiert. Mehrere Studien der letzten Jahre legen jedoch nahe, dass ein Teil der Konsumierenden illegaler Drogen, namentlich die am intensivsten Konsumierenden, in den Bevölkerungsstudien nur zu einem kleinen Teil ausgewiesen werden.

Für das Berichtsjahr 2022 stammen die einzigen Zahlen zum Drogenkonsum aus Konsumentenbefragungen zu den Konsum- und Beschaffungsgewohnheiten. Diese zeigen insbesondere, dass die Drogenbeschaffung noch immer mehrheitlich traditionell erfolgt (Deal im öffentlichen Raum), aber zumindest für bestimmte Substanzen vermehrt auch andere Kanäle (Online-Kauf, Lieferung usw.) verwendet werden.

Tagesaktuelle Nachrichten aus dem Drogenbereich betrafen 2022 insbesondere den Verkauf und Konsum von Distickstoffmonoxid (Lachgas) in Basel, den unfreiwilligen Konsum von GHB in der Romandie und die Verbreitung des Crackkonsums unter abhängigen Konsumierenden in Genf. Hier bedarf es neuer sozialer Massnahmen und Schadenminderungsmassnahmen (Unterkünfte, Ruheorte, Abgabe von Konsummaterial usw.), um den Menschen zu helfen, die diese Kokainform zwanghaft konsumieren (auch weil sie äusserst leicht zu beschaffen ist).

Auch die Entdeckung von 500 Kilogramm Kokain in Romont hat Schlagzeilen gemacht. Die Beschlagnahmung dieser Ware, die zweifellos nicht für den Schweizer Markt bestimmt war, steht im internationalen Zusammenhang: In Europa, aber auch weltweit wurden Rekordmengen beschlagnahmt. Die grössere Verfügbarkeit und der vermehrte Konsum von Kokain zeigt sich auch an der zunehmenden Therapienachfrage in der Schweiz. Im Gegensatz dazu setzte sich der allmähliche Rückgang bei der Therapienachfrage für Heroinprobleme fort. Die Verzeigungen wegen Heroin sind seit Langem rückläufig. Dagegen sind die drogenbedingten Todesfallzahlen seit gut zehn Jahren stabil.

Der aktuelle Drogenmarkt zeichnet sich durch die Kombination oft hochdosierter Produkte und extrem tiefer Preise aus. In einigen Schweizer Städten kosten 1 Gramm hochdosiertes Kokain oder 5 Gramm stark gestrecktes Heroin weniger als 100 Franken. Auch Ecstasy in Pillen- oder Pulverform sowie Cannabis sind zurzeit billig zu haben. Und neue psychoaktive Substanzen (NPS) wie 3-MMC scheinen insbesondere via Internet relativ einfach erhältlich zu sein und sich im Zusammenhang mit Chemsex in der Partyszene zu verbreiten. Dies widerspiegelt die Vielfalt und den Wettbewerb auf dem Drogenmarkt in der Schweiz, aber auch in den meisten europäischen Ländern.

Mehr Behandlungen  
wegen Kokain, weniger  
wegen Heroin

## 2. Politik

Das politische Tagesgeschehen im In- und Ausland wird weiterhin von Cannabis und seiner Regulierung geprägt. In der Schweiz arbeitet gegenwärtig eine parlamentarische Subkommission in Beantwortung einer parlamentarischen Initiative an einem Cannabis-Gesetzesentwurf. Zudem gingen im Zusammenhang mit dem 2021 in Kraft getretenen neuen Artikel des Betäubungsmittelgesetzes mehr als zehn Gesuche für lokale Pilotprojekte zur Cannabisabgabe beim BAG ein. Die meisten von ihnen sollten im Sommer 2023 anrollen, wenn der gesetzmässige Bio-Cannabis produziert sein wird. Ein Teil der Projekte stammt von Schweizer Städten und Kantonen (Basel-Stadt, Stadt Bern, Genf, Lausanne, Stadt Zürich), ein Teil von Privaten. Das Mischmasch von Projekten sowie öffentlichen und privaten Interessen könnte in den nächsten Jahren zu einer recht verworrenen Situation führen.

Auf internationaler Ebene beläuft sich die Zahl der US-Bundesstaaten, in denen Cannabis legalisiert wurde, auf 21, nachdem auch Maryland und Missouri Ende 2022 entsprechende Volksinitiativen angenommen haben. Obschon Cannabis auf Bundesebene verboten ist, lebt heute paradoxerweise rund die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung in einem Bundesstaat, in dem Cannabis für Erwachsene legal ist. In anderen Teilen Amerikas, in Uruguay und Kanada, ist Cannabis schon seit mehreren Jahren legalisiert.

Auf dem europäischen Kontinent hat Malta ein Gesetz verabschiedet, das den Anbau zu Hause sowie kollektiv im Rahmen von Konsumentenvereinen erlaubt. In Luxemburg ist eine Regulierung in mehreren Schritten geplant, wobei in einem ersten Schritt der Cannabisanbau zu Hause bewilligt wird. Die eigentliche Wende könnte von Deutschland kommen, dessen Regierungskoalition Cannabis regulieren will. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist zurzeit im Gespräch.

Zentral bei der Cannabisregulierung ist selbstverständlich die Frage nach dem gewählten Modell. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht von der Legalisierung des Heimanbaus bis zu einem kommerziellen Markt, wie wir ihn von Tabak und Alkohol kennen. Aus gesundheitspolitischer Sicht ist zweifellos das Modell aus Quebec am interessantesten. Dieses sieht ein nichtgewinnorientiertes staatliches Cannabis-Monopol sowie klare, auf Prävention und Volksgesundheit ausgerichtete Zielsetzungen vor. Auch die Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (EKS/N) hat sich mit dem Thema befasst und empfiehlt ein solches Modell für die Schweiz.

In weiteren Staaten  
werden neue  
Regulierungen angestrebt

## 3. Unsere Forderungen

### → Bessere Daten für ein besseres Verständnis

In der Schweiz sind die Datenlage und auch die Datenanalysen seit einigen Jahren zu spärlich, um die Lage der illegalen Drogen verstehen zu können. Dies gilt natürlich auch für andere Suchtfragen wie Nikotin- oder Alkoholprodukte. Dank Abwasseranalysen ist zumindest bekannt, dass Kokain in der Schweiz relativ weit verbreitet ist. Die Legalisierung von Cannabis steht auf nationaler Ebene in der Diskussion. Um auf die Fragestellungen dieser zwei Problemfelder angemessen eingehen zu können, müssen wir den Ist-Zustand und die weiteren Entwicklungen unbedingt besser verstehen. Hierzu sind neue Datenerhebungen aber auch neue Lageanalysen erforderlich.

### → Cannabis: nichtgewinnorientierter Verkauf als Modell

Die Cannabislegalisierung erfasst jedes Jahr neue Länder und Gliedstaaten, und bislang zeichnet sich keine Trendwende ab. Diese Entwicklung erfasst auch die Schweiz allmählich mit den Pilotversuchen für die Cannabis-Abgabe und den parlamentarischen Arbeiten an einem Cannabis-Gesetz. Die grosse Frage ist nun, welches Regulierungsmodell anzuwenden sei. Der legale Alkohol- und Tabakmarkt hat uns gelehrt, dass eine sehr liberale Regulierung gesundheitspolitisch äusserst grossen Schaden anrichten kann, der von den Unternehmen nicht gemindert wird – ganz im Gegenteil. Darum ist es wichtig, mit Cannabis nicht dieselben Fehler zu wiederholen. Es sollte vermieden werden, dass wieder eine Industrie entsteht, die den Cannabis-Verkauf um jeden Preis und ohne Rücksicht auf Mensch und Gesellschaft steigern will.

Zum aktuellen Wissensstand ist das beste Mittel, um dieses Problem bei der Legalisierung einer Substanz zu umgehen, den Markt insbesondere angebotsseitig vom Gewinnanreiz zu befreien. Unsere Landesbehörden sollten diese Position, die auch von der EKSJ vertreten wird, übernehmen. So könnten sich die cannabispolitischen Auswüchse vermeiden lassen, unter denen heute viele US-Bundesstaaten und auch einige kanadische Provinzen zu leiden haben: unkontrolliertes Wuchern der angebotenen Produkte, zu einfach erhältliches Cannabis, vermehrter Konsum unter jungen Erwachsenen usw.

## PSYCHOAKTIVE MEDIKAMENTE\*



### Der Konsum scheint stabil – aber auf zu hohem Niveau

Die Verkaufszahlen von potenziell abhängig machenden Schlaf- und Beruhigungsmitteln sind relativ stabil, aber auf hohem Niveau. Die Pandemie hat aber zu Belastungen geführt, die von einigen auch jüngeren Menschen mit entsprechenden Medikamenten angegangen werden.

Die Steigerung der Verkäufe von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln war erheblich, es scheint aber, dass nun ein Plafond erreicht worden ist. Verbreitete Suchtprobleme sind zwar nicht bekannt, aber das Fehlen von regelmässigen Daten zu Verschreibungen und Suchtproblemen ist beunruhigend.

Der Medikamenten-Mischkonsum ist wegen Todesfällen unter jungen Menschen ins Rampenlicht gerückt, und weitere Umfragen zeigen eine erhebliche Verbreitung. Erste Resultate von vertieften Untersuchungen zeigen detaillierten Handlungsbedarf.

**Redaktion: Markus Meury (mit Unterstützung durch Infodrog)**

---

\* Zu den psychoaktiven Medikamenten mit Abhängigkeitspotenzial gehören opioidhaltige Schmerz- oder Hustenmittel, Schlaf- und Beruhigungsmittel oder Stimulanzen.

# 1. Aktuelle Situation

Schlaf- und Beruhigungsmittel waren während der Pandemie gefragt – und sind es immer noch

## Schlaf- und Beruhigungsmittel

Die Covid-Pandemie hat viele Menschen psychischen Belastungen ausgesetzt. Das Social Monitoring zeigt, dass seit Mai 2020 rund 4 % der Befragten mindestens mehrmals pro Woche Schlaf- und Beruhigungsmittel konsumiert haben. Zugenommen hat der Konsum vor allem bei Menschen, die stärkere psychische Belastungen erlebt haben. Laut der weiterlaufenden Datenreihe ist der Konsum seither kaum zurückgegangen.

In der Behandlungsstatistik act-info ist bereits zwischen 2016 und 2021 im stationären Bereich eine Zunahme der Behandlungsnachfrage wegen Hypnotika und Sedativa vor allem unter jungen Menschen feststellbar. Gleichzeitig ist der Anteil der Gesamtbevölkerung, der wegen einer Sedativa- oder Hypnotika-Störung ins Spital eingewiesen wurde, zwischen 2012 und 2019 gestiegen und seither stabil geblieben.

Die Zahlen zu potenziell abhängig machenden Medikamenten des Verbands Interpharma zeigen zwischen 2008 und 2021 insgesamt stabile Verkäufe von Schlaf- und Beruhigungsmitteln. Das Obsan-Bulletin zeigt zwischen 2017 und 2020 leicht sinkende Bezüge, ausser bei Jugendlichen (+32 %). Eine Studie mit den Helsana-Daten zeigt bei entsprechenden Schlafmitteln einen Rückgang zwischen 2013 und 2018, und zwar um 9 % der Bezüge resp. 17 % bei den Behandlungstagen.

Nach einer Studie zur Verschreibungspraxis haben im Jahr 2018 hochgerechnet 10.5 % der Bevölkerung potenziell suchtgenerierende Benzodiazepine oder diesen ähnliche sogenannte Z-Medikamente erhalten, bei den über 65-Jährigen gar mehr als die Hälfte. In über zwei Drittel aller Fälle werden diese Medikamente von HausärztInnen verschrieben. Bei BewohnerInnen von Pflegeheimen ist die Verschreibung höher als bei zu Hause Wohnenden.

## Opioidanalgetika

Nach den Zahlen von Swissmedic zu den opioidhaltigen Schmerzmitteln scheinen die Lieferungen gewisser Produkte an die Ärzteschaft, Apotheken und Spitäler nach einer längeren Steigerungsphase nicht mehr zuzunehmen. Parallel dazu scheinen die Umsatzzahlen bei den Opioidanalgetika nach den Zahlen des Branchenverbandes Interpharma seit 2016 gar eher abzunehmen. Diese Erkenntnisse werden gestützt durch eine neue Studie, die zeigt, dass die Verkäufe von Opioidanalgetika durch die Apotheken nach starken Steigerungen und einem Kulminationspunkt im Jahr 2016 langsam wieder abnehmen (schwächere Opioide schon früher, starke Opioide erst ab 2018). Die Anzahl an Anrufen beim Toxikologischen Zentrum (Tox Info Suisse) wegen Opioiden nehmen nach der genannten Studie aber weiterhin zu (zwischen 2010 und 2019 um 40 %).

Höhepunkt der Verschreibung von starken Opioiden überschritten? Aber es ist kaum etwas zu Abhängigkeiten bekannt.

Wieweit die Steigerungen vor allem bei starken Opioiden aus suchtpräventiver Sicht problematisch sind, ist noch immer unklar. Aktuelle Zahlen zur Einnahme oder gar zu Abhängigkeit existieren nicht.

Eine unkontrollierte Verbreitung von opioidhaltigen Medikamenten ist in der Schweiz im Moment nicht auszumachen, da die Verschreibungen kontrollierter sind als in den USA, wo die unkontrollierte Verschreibung ab den 90er-Jahren eine Opioidkrise mit Hunderttausenden von Toten ausgelöst hat. Aber die Problematik muss weiter von Nahem verfolgt werden, denn eine Verschärfung ist auch bei uns nicht ausgeschlossen.

## Medikamenten-Mischkonsum von Jugendlichen

Zwischen 2018 und 2021 sind in der Schweiz mehrere Dutzend Todesfälle von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen bekannt geworden, die auf Mischkonsum von Medikamenten mit anderen Substanzen zurückzuführen waren. Neue Zahlen zum Konsum in der Schweiz sind leider nicht vorhanden. Laut der letzten Daten der Studie Health Behaviour in School-aged Children (HBSC) haben im Jahr 2018 4.5 % der 15-jährigen Buben und 4.1 % der gleichaltrigen Mädchen mindestens einmal im Leben Medikamente genommen, um psychoaktive Effekte zu erleben, was bei den Buben eine klare Steigerung im Vergleich zum Jahr 2006 bedeutete. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich auch um Beruhigungsmittel (wie Xanax), opioidhaltige Schmerzmittel oder Hustensirupe mit Codein oder Dextromethorphan handelt.

Medikamente zur Berausung oder zur Gefühlsregulation sind bei Jugendlichen beliebt – viele sind sich der Risiken nicht bewusst

Die Zürcher Jugendbefragung 2021 ergab, dass im Jahr vor der Befragung aus nicht-medizinischen Gründen 2.8 % der befragten SchülerInnen der 9. Klassen und 4.7 % der SchülerInnen der 11. Klasse Benzodiazepine eingenommen hatten. Bei codeinhaltigen Medikamenten (z.B. Hustensäfte) lagen die Anteile bei 6.4 % (9. Klasse) bzw. 8.5 % (11. Klasse) und bei Opioidschmerzmitteln bei 10.3 % (9. Klasse) bzw. 8.0 % (11. Klasse). Die StudienautorInnen werten die höheren Anteile bzgl. opioidhaltigen Schmerzmitteln bei jüngeren SchülerInnen als Hinweis für eine mögliche zunehmende Verbreitung des nicht-medizinischen Konsums von Opioiden in der jüngeren Generation.

Interessante Befunde liefern zudem nicht-repräsentative Befragungen von Konsumierenden, die über Drug-Checking-Angebote erreicht werden. Die wesentliche Erkenntnis aus einer aktuellen Auswertung dieser Befragungen besteht darin, dass der Konsum von psychoaktiven Medikamenten bei den befragten jugendlichen Konsumierenden deutlich über dem Schnitt der Gesamtstichprobe liegt.

Codein und Dextromethorphan endlich in Abgabekategorie B

Codeinhaltige Hustensirupe beispielsweise werden zur Herstellung des sogenannten „Purple Drank“ (Mix aus Limonade und entsprechendem Hustensirup sowie manchmal Alkohol) gebraucht, der in der internationalen Hiphop-Szene besungen wird.

Wegen des verbreiteten Missbrauchs hat die Zulassungsbehörde Swissmedic diese Präparate auf Anfang 2019 in die Abgabekategorie B heraufgestuft (also ohne Rezept, aber neu erst nach einem Beratungsgespräch des Apothekers/der Apothekerin und einer Dokumentation der Abgabe). Trotz noch bis April 2022 hängiger Berufungsverfahren (die der Neueinstufung durch Swissmedic bis dahin aufschiebende Wirkung verliehen hatten) ist der Verkauf solcher Präparate nach den Zahlen von Interpharma seit 2018 zurückgegangen. Es kann sein, dass das Vorgehen von Swissmedic sowie Weisungen von KantonsapothekerInnen ihre Wirkung entfalten. Jugendanwaltschaften und Fachstellen vermuten allerdings, Jugendliche würden die Produkte heute vermehrt in den sozialen Medien handeln.

Erste Resultate einer Online-Befragung des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung (ISGF) und der Universität Zürich zum Mischkonsum (nur zum Teil mit Medikamenten) zeigen, dass 14- bis 20-Jährige oft nicht über die Risiken informiert sind und auch Drug Checking-Angebote für auf dem Schwarzmarkt gekaufte Substanzen nicht in Anspruch nehmen (können). Der Mischkonsum erfolge nach Eigenangaben mehrheitlich, weil es Spass mache, bei einigen aber auch zur Gefühlsregulation.



## 2. Politik

### Wenig Problembewusstsein im Parlament bezüglich Medikamente – das BAG und Kantone handeln aber bereits

Nach Erstellung der Auslegeordnung zum problematischen Gebrauch von psychoaktiven Medikamenten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) hat der Bundesrat erstaunlicherweise kommuniziert, dass er in diesem Bereich kaum Probleme sieht.

Im Bereich des Medikamenten-Mischkonsums von Jugendlichen erklärte der Bundesrat nach parlamentarischen Anfragen im Jahr 2021, dass mehrere Massnahmen finanziert werden: die weiter oben erwähnte Studie des ISGF zum Mischkonsum bei Jugendlichen («Wodka, Benzos und Co.»), die Situations- und Bedarfsanalyse von Infodrog (in welcher auch Empfehlungen für Fachleute und Behörden zur Verbesserung der Präventions- und Suchthilfeangebote erarbeitet wurden) sowie ein Leitfaden von Sucht Schweiz für Eltern von Jugendlichen. Zudem sei es möglich, je nach den im Jahr 2023 erscheinenden Resultaten der HBSC-Befragung weitere Massnahmen in die nationale Suchtstrategie aufzunehmen. Beim BAG ist der Mischkonsum inzwischen ein Thema.

Verschiedene Kantone, in welchen mehrere Todesfälle auf Grund von Mischkonsum mediatisiert worden sind, sind ebenfalls aktiv geworden, unter anderem Basel-Stadt/Baselland, Zürich und Luzern sowie der Kanton Waadt. Ein Überblick über Massnahmen in der Deutschschweiz bietet der Fachverband Sucht.

Auf parlamentarischer Ebene sind im Jahr 2022 trotz den hohen Raten an Benzodiazepin- und Schmerzmittelkonsum praktisch keine Aktivitäten festzustellen. Initiativen von Fachstellen oder aus dem medizinischen Bereich zu Opioiden (z.B. Inselspital) oder Benzodiazepinen (z.B. Tessin, Westschweiz) müssen in die Bresche springen.

## 3. Unsere Forderungen

Der Medikamentenmissbrauch wird durch die Gesetzgeber wenig wahrgenommen, was noch grössere Probleme verursachen kann. Ein engmaschiges Monitoringsystem fehlt. Dies sollte durch eine zusätzliche Erhebung zwischen zwei Schweizerischen Gesundheitsbefragungen (SGB) und eine systematische und regelmässige Konsolidierung der bereits vorhandenen Daten in Berichten über die Situation rasch behoben werden.

### → Benzodiazepine: Verschreibungsquote senken

Eine physische Abhängigkeit kann sich entwickeln, wenn benzodiazepinartige Schlaf- oder Beruhigungsmittel täglich über vier bis acht Wochen eingenommen werden. Für ältere Menschen bergen diese Arzneimittel weitere Risiken: Verwirrtheit, Stürze oder Pseudodemenz zählen zu den Folgen.

**Benzodiazepine: Leitlinien besser bekannt machen**

Auf Grund der hohen Verschreibungsquote sind Alternativen dringend nötig. Aufklärungsarbeit, präventive Massnahmen und alternative Lösungen sollten auch strukturell gefördert werden: In der Aus- und Fortbildung der Gesundheitsfachleute müsste der problematische Gebrauch von Arzneimitteln verstärkt behandelt und bestehende Leitlinien für die Praxis besser bekannt gemacht werden.

### → Opioidanalgetika: Mehr Monitoring nötig

Die Kontrollen bei der Verschreibung von opioidbasierten Schmerzmitteln scheinen sich in der Schweiz noch zu bewähren. Allerdings braucht es jetzt zeitnahe regelmässige epidemiologische Untersuchungen zur Verschreibung und neu auch zur Abhängigkeit von solchen Schmerzmitteln, um rechtzeitige Interventionen zu ermöglichen.

**Opioide: Nationales Verschreibungs- und Abgaberegister**

Um ein «Ärzt hopping» in verschiedene Kantone oder Notfallstellen zu vermeiden, bräuchte es eine verbesserte Koordination zwischen den Kantonen und entsprechende Kontrollsysteme wie ein nationales Verschreibungs- und Abgaberegister, wie die Auslegeordnung des BAG anregt.

Im Rahmen der ambulanten Nachsorge nach Spitalaustritten müsste die Schmerzmittel-Dosierung engmaschig überwacht und die Opioidverschreibung schneller durch Alternativtherapien ersetzt werden.

### → Medikamenten-Mischkonsum: Prävention stärken

Die leichte Erhältlichkeit vieler der betreffenden Medikamente ist ein Problem. Angesichts des verbreiteten Missbrauchs sollten KantonsapothekerInnen die Apotheken vermehrt sensibilisieren. Schliesslich sollten Social Media-Plattformen stärker bezüglich des illegalen Medikamentenhandels auf ihren Kanälen in die Pflicht genommen werden.

**Mischkonsum: Sensibilisierung von Gesundheitsfachleuten; Früherkennung und Einbezug von Jugendlichen in die Präventionsprojekte**

Zudem braucht es zur Früherkennung eine verstärkte Schulung von MultiplikatorInnen (Lehrpersonen, Jugendarbeitende) zum Thema Medikamentenmissbrauch, sowie eine verstärkte Sensibilisierung aller involvierten Akteure im Gesundheits- und Sozialbereich.

Eine aktuelle Situations- und Bedarfsanalyse von Infodrog zeigt Handlungsbedarf für die Prävention (besserer Einbezug von Jugendlichen in die Erarbeitung von Angeboten; niederschwelligere Angebote), die Schadensminderung (einfacherer Zugang für Jugendliche zum Drug Checking) sowie für die Versorgungslage (z.B. Behebung des Mangels an Behandlungskapazitäten spezifisch für Jugendliche).

## GLÜCKS- UND GELDSPIEL



### Spielende endlich besser schützen

Der zwischen 2020 und 2021 um 25 % steigende Online-Umsatz hat den Einnahmerückgang bei den landbasierten Spielbanken während der Pandemie kompensiert. Die Anzahl neuer Spielsperren stieg erneut um 19 % gegenüber dem Vorjahr.

Seit gut drei Jahren sind Online-Casinos in der Schweiz zulässig. Da drängt sich die Frage auf, ob das neue Gesetz einen ausreichenden Schutz der Spieler und Spielerinnen bietet. Sucht Schweiz ortet einige Verbesserungsmöglichkeiten, damit gefährdete Spieler und Spielerinnen sich nicht weiter überschulden und in eine Sucht abrutschen. Dazu zählen die Stärkung der Aufsichtsbehörden und ein wirksames Playertracking.

*Redaktion: Monique Portner-Helfer, Dörte Petit, Luca Notari*

# 1. Aktuelle Situation

Nebst der Videospiele-Nutzungsstörung ist die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung eine anerkannte Verhaltenssucht gemäss internationaler Klassifikation der Krankheiten (ICD-11). Wegen der folgenden Faktoren können Online-Geldspiele besonders problematisch sein: die Möglichkeit, gleichzeitig auf mehreren Plattformen zu spielen, die schnelle Spielabfolge, der permanente Zugang zum Geldspiel, der Mangel an sozialer Kontrolle und der fehlende Bezug zum realen Geld.

Im Zuge der seit 2019 geltenden Gesetzgebung können Schweizer Casinos auch online Glücks- und Geldspiele anbieten. Davon machen sie regen Gebrauch. Im Jahr 2021 erhielten das Casino Basel und das Casino Montreux eine Konzessionserweiterung. Damit boten per Ende 2021 elf Casinos Online-Glücks- und Geldspiele an.

Derzeit liegen für die Schweiz keine aktuellen Daten zur Prävalenz der Glücks- und Geldspielnutzungsstörung gemäss ICD-11 vor. Es gibt jedoch Untersuchungen, die eine Grössenordnung aufzeigen. So verzeichnete eine Studie aus dem Jahr 2017 eine Prävalenz von exzessivem Glücksspiel von rund 3 % in der Schweizer Bevölkerung. Eine Studie, die sich ausschließlich mit Personen befasste, die online um Geld spielten, schätzte diese Prävalenz auf 9 %. Mit anderen Worten zeigte sich schon vor Inkrafttreten des neuen Geldspielgesetzes, dass fast jeder zehnte Online-Spielende von Problemen berichtet. Im Jahr 2023 folgen neue Daten zum Online-Geldspiel und die Schweizerische Gesundheitsbefragung wird weitere Erkenntnisse zum Umgang mit Geldspielen liefern.

## Online-Angebot legt zu

Bruttospielertrag im Online-Sektor stieg um  
**25 %**

Die Schweizer Casinos weisen im Jahr 2021 einen Bruttospielertrag in der Höhe von rund 406 Mio. Franken aus für ihre terrestrische Tätigkeit (2020: 452 Mio. Fr.). Der Bruttospielertrag im Online-Sektor stieg gegenüber dem Vorjahr um 25 % auf 234 Millionen Franken (2020: 187 Mio.). Der steigende Online-Umsatz hat somit den Einnahmerrückgang bei den landbasierten Spielbanken kompensiert.

Die mit Lotterien und Sportwetten erzielten Reingewinne beliefen sich auf rund 726 Millionen Franken. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 11 %.

## Über 12 000 neue Spielsperren

Ende 2021 lag die Zahl der schweizweit geltenden Spielsperren bei 79 917. Im Laufe des Jahres (2021) wurden insgesamt 12 133 neue Spielsperren ausgesprochen. Dies entspricht einer Zunahme von 1936 (+19 %) im Vergleich zu 2020. Eine solche Entwicklung legt nahe, dass das Ausmass der Geldspielproblematik deutlich zugenommen hat. Eine Spielsperre gilt schweizweit und erstreckt sich auf terrestrische und online Spielbankenspiele sowie auf online Grossspiele der Lotterieveranstalter.

Das Geldspielgesetz verlangt, dass der Zugang zu einem Online-Geldspielangebot gesperrt werden muss (IP-Blocking), wenn dieses hierzulande nicht bewilligt ist und der Betreiber seinen Sitz oder Wohnsitz im Ausland hat oder ihn verschleiert. Dazu wird eine Sperrliste veröffentlicht. Das Bundesgericht hat im Übrigen mit einem Entscheid<sup>1</sup> vom letzten Sommer die Netzsperrren gegen drei ausländische Anbieter von Online-Geldspielen bestätigt.

## Behandlungsnachfrage im Geldspielbereich

Gemäss der [act-info](#) Institutionenbefragung betrafen 2.4 % der Behandlungseintritte in die spezialisierte Suchthilfe im Jahr 2021 das Glücks- und Geldspiel als Hauptproblem. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme (2020: 1.9 %). Das Durchschnittsalter der behandelten Personen – es sind deutlich mehr Männer als Frauen – lag im Jahr 2021 bei gut 37 Jahren.

## Verschuldung zum Teil exorbitant

Im Jahr 2021 gaben 8% der Personen, die zum ersten Mal wegen Überschuldung Rat suchten, Spielsucht als eine der Ursachen an. Die durchschnittliche Verschuldung dieser Personen betrug fast 83 000 Franken.

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Urteile 2C\_336/2021, 2C\_337/2021 und 2C\_338/2021 vom 18.5.2022

## 2. Politik

### Datenaustausch zu Spielsperren mit Liechtenstein

Ende September 2022 genehmigte der Bundesrat das Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz über den Austausch von Daten betreffend Spielsperren im Geldspielbereich und eröffnete gleichzeitig die Vernehmlassung. Es ist das erste Abkommen dieser Art. Bei dessen Inkrafttreten, voraussichtlich 2024, werden Veranstalterinnen und Veranstalter von Geldspielen beider Länder die Daten der gesperrten Personen austauschen und Spielsperren gegenseitig anerkennen. Aus Präventionssicht ist dieses Abkommen ein wichtiger Schritt in der internationalen Zusammenarbeit im Geldspielbereich und es wäre wünschenswert, wenn dies auch auf andere Nachbarländer ausgeweitet werden könnte.

### Noch mehr Geldspiele erhöhen die Gefährdung

Der Bundesrat hat im letzten Jahr Grundsatzentscheide zur Neuvergabe der Spielbankenkonzessionen gefällt. Mit Verweis auf das bislang noch nicht genutzte Marktpotenzial hat die ESBK zwei Zonen für die Vergabe zweier zusätzlicher Konzessionen (Typ A) ausgeschieden (Lausanne, Winterthur). Aus Sicht der Prävention muss darauf hingewiesen werden, dass das Angebot hierzulande bereits gross ist und mit einer Angebotserweiterung auch das Gefährdungspotenzial steigt. Bevor mehr Konzessionen erteilt werden, bräuchte es dringend mehr Daten über die aktuelle Situation bzw. das Spielverhalten (vgl. den folgenden Forderungskatalog).

### Inwiefern schützt das neue Gesetz die Spielenden?

Mit einer Interpellation fragt die Nationalrätin Sophie Michaud Gigon (Waadt, Grüne), ob der Schutz von Spielerinnen und Spielern drei Jahre nach Inkrafttreten des Geldspielgesetzes besser geworden sei. In seiner Antwort räumt der Bundesrat u.a. ein, dass das geltende Recht einen automatisierten Datenaustausch über Spielbeschränkungen einzelner Personen oder über deren Spielverhalten nicht zulässt. In Antwort auf die Omnipräsenz der Werbung wird darauf verwiesen, dass Spielbanken und Lotterien heute schon verantwortlich seien, dass sich ihre Werbung nicht an Minderjährige oder gesperrte Personen richtet.

## 3. Unsere Forderungen

### Gefährdete Spielende wirksamer schützen

#### → Stärkung der Aufsichtsbehörden

Die Aufsichtsbehörden im Geldspielbereich (BJ, ESBK, Gespa) müssen namentlich in Bezug auf den Schutz der Spieler und Spielerinnen und die Suchtrisiken fachlich gestärkt werden, damit sie ihre gesetzliche Aufgabe besser wahrnehmen können. Die Arbeit der Aufsichtsbehörden müsste zudem transparenter sein.

#### → Bei Sperre nicht im Ausland weiterspielen

Gespernte Personen können heute im Ausland terrestrisch weiterspielen. Es muss darauf hingewirkt werden, dass weitere Abkommen wie solche mit Liechtenstein folgen.

#### → Einführung eines wirksamen Player-Trackings

Die Betreiber oder Aufsichtsbehörden müssen in der Lage sein, Spielende zu erkennen, die auf mehreren Plattformen spielen, online und offline, sei es in Casinos, bei Lotterien oder Wetten. Derzeit ist dies nicht der Fall, was dazu führt, dass Spielende, die über ihre finanziellen Möglichkeiten hinausgehen, unentdeckt bleiben. Bei der Erkennung könnten Ausgaben-Limiten eine wichtige Rolle spielen und sie müssten über alle Spiele hinweg erfolgen und nicht pro Anbieter. Hierzu könnten landesweit geltende personalisierte Spielerkarten eingesetzt werden, welche ein Monitoring und eine bessere Identifikation von Problemspielenden – auch im Lotterie- und Wettbereich – ermöglichen.

#### → Mehr Mittel für Hilfe und Prävention

Die Prävention und Behandlung der Geldspielsucht schlagen bei den Kantonen zu Buche. Die Casinos leisten hierzu keine Abgaben. Die Kantone erhalten für Prävention und Behandlung von Geldspielproblemen 0.5 % vom Bruttospielertrag der Lotterien. Das ist ungenügend.

#### → Verbesserung der langfristigen Beobachtung

Es fehlt an repräsentativen Daten zum Geldspielverhalten in der Schweiz. Es braucht daher ein häufigeres, standardisiertes und tiefergehendes nationales Monitoring und es braucht Studien zu den sozioökonomischen Auswirkungen des Geldspiels, welche sowohl die Situation der spielenden Personen als auch jene der Angehörigen einschliessen.

## ONLINE-AKTIVITÄTEN



### Genau hinsehen, um die Gefahren zu orten

Das Internet gehört zu unserem Leben längst dazu: Soziale Medien, Online-Shopping, Games usw. Für die meisten Menschen überwiegt der Nutzen. Sie schätzen die vielfältigen Möglichkeiten wie die rasche Informationssuche, den Austausch mit anderen oder das Spiel. Risiken gibt es bei gewissen Online-Aktivitäten. Dazu zählt der Kontrollverlust.

Seit 2019 enthält die internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) die diagnostische Kategorie «Disorders due to addictive behaviours» und erwähnt explizit die Videospiel-Nutzungsstörung sowie die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung. Die Grenzen zwischen den beiden Aktivitäten sind allerdings fließend geworden.

Um die Risiken zu vermindern, braucht es viel Sensibilisierung und gezielte Regulierung. Sucht Schweiz ortet bei den Kaufsystemen in Videospielen Handlungsbedarf.

*Redaktion: Monique Portner-Helfer; Marina Delgrande Jordan*



# 1. Aktuelle Situation

## 3.5 Std.

### Handynutzung an Wochentagen bei Jugendlichen

Aktuelle Daten zu den 12- bis 19-Jährigen liefert die James-Studie von 2022. Das Smartphone kommt unter der Woche 3.5 Stunden pro Tag zum Einsatz (Mittelwert). Am Wochenende sind es ca. 5 Stunden pro Tag. Die selbst eingeschätzten Handynutzungszeiten fallen im Vergleich zu den pandemiebedingten Phasen im Jahr 2020 ähnlich aus.

### Problematische Online-Aktivitäten: Ausmass unbekannt

Das Internet ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Doch manche Menschen geben an, die Kontrolle über gewisse Aktivitäten im Internet verloren zu haben, z.B. bei den Video-Spielen, den sozialen Netzwerken, beim Online-Shopping, der Pornographie oder beim Online-Geldspiel (siehe dazu separates Modul).

Unter Fachleuten besteht ein Konsens darüber, dass nicht das Internet an sich, sondern die spezifischen Aktivitäten ein Problem darstellen können. Mitunter wird eine Suchterkrankung bei bestimmten Anwendungen diagnostiziert. Was den klinischen Bereich betrifft, so umfasst die internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) der WHO die diagnostische Kategorie «Disorders due to addictive behaviours» und erwähnt explizit die Videospiel-Nutzungsstörung sowie die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung.

Bestimmte Eigenschaften und Möglichkeiten des Internets können zur Entwicklung einer problematischen Nutzung bzw. einer Sucht beitragen. Dazu zählen u.a. die ständige und einfache Verfügbarkeit von Online-Anwendungen sowie die Möglichkeit, diese anonym zu nutzen. Eine Rolle kann auch die Wahrnehmung spielen, die virtuelle Welt besser als die reale Welt kontrollieren zu können. Zudem stimulieren manche Angebote gezielt das Belohnungssystem im Gehirn.

Aktuelle repräsentative Daten zu problematischen Online-Aktivitäten oder solchen, die gar zur Sucht wurden, liegen für die Schweiz nicht vor. Im Laufe dieses Jahres wird sich die Datenlage auf nationaler Ebene dank neuer Studienresultate aus dem Jahr 2022 verbessern (SchülerInnenstudie HBSC, E-Games, Schweizerische Gesundheitsbefragung).

### Video- sowie Glücks- und Geldspiele: oft kaum mehr zu unterscheiden

Einerseits können Videospiele Jugendlichen viel Spass bereiten und einen Austausch mit Gleichaltrigen ermöglichen. Andererseits besteht das Risiko eines problematischen Verhaltens oder gar einer Suchterkrankung. Der Mangel an Daten über die Prävalenz der Videospiel-Nutzungsstörung liegt wohl auch daran, dass sie erst seit 2019 in die ICD-11 aufgenommen wurde. Einer Literaturübersicht von King et al. (2020) zufolge schwankt international die geschätzte Prävalenz bei den Jugendlichen im Allgemeinen zwischen 0.5 % und 5 %.

## Gratisspiele sind oft nicht einfach gratis

Dabei ist zu bedenken, dass die Grenzen zwischen Video- und (Online-)Geldspielen fließend geworden sind. Videospiele, die sich über In-Game-Käufe finanzieren, wollen die Spielenden möglichst lange im Spiel halten. Und eigentlich kostenlose Videospiele (Free-to-Play) animieren mit Mikrotransaktionen dazu, Geld für bessere Gewinnchancen auszugeben, wobei oft der Zufall bestimmt, welcher Nutzen damit eingekauft wird. Heute gibt es zahlreiche Techniken, um Spielende zum Geldausgeben anzuregen. So werden sie dazu animiert, Geld für mehr Spielzeit auszugeben oder um die Wartezeit zu verkürzen. Oder sie können Gegenstände kaufen, die ihnen bestimmte Vorteile gegenüber anderen verleihen. Für Fachleute<sup>1</sup> sind solche Praktiken Besorgnis erregend, weil sie ein problematisches Spiel begünstigen können.

## Mehr Männer in Behandlung

### Behandlung mit Geschlechtergraben

Das Monitoring-Netzwerk [act-info](#) zeigt, dass im Jahr 2021 in der Schweiz 1.2% der Behandlungseintritte in die spezialisierte Suchthilfe die problematische Internetnutzung als Hauptproblem betrafen (aufgrund welcher Internetaktivität ist dabei nicht bekannt). Das Durchschnittsalter der erfassten Personen liegt bei ca. 25 Jahren und es traten mehrheitlich Männer in eine Behandlungseinrichtung ein.

Wenn laut Statistik weniger Mädchen oder Frauen in Behandlung sind, liegt das wohl daran, dass ihre Probleme bei Angehörigen weniger Besorgnis erregen. Es wird gar angenommen, dass Frauen sich eher wegen gleichzeitig auftretenden Erkrankungen in Behandlung begeben und Symptome der zusätzlich vorliegenden internetbezogenen Probleme unbehandelt bleiben.

<sup>1</sup> <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/31881408/>  
<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35397261/>  
<https://tinyurl.com/yc586kbw>

## 2. Politik

### Suchtrisiko ist nicht auf der politischen Agenda

Auf politischer Ebene sind kaum Diskussionen über suchtartiges Online-Verhalten im Gang. Immerhin wurden Präventionsfragen bei der Beratung des Bundesgesetzes über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele diskutiert. Minderjährige sollen vor problematischen Medieninhalten in Filmen und Videospiele geschützt werden. Der Nationalrat ist vor gut zwei Jahren auf eine Vorlage zu einem neuen Gesetz eingetreten, die etwa Kinos, Onlinehändler und Plattformen wie Youtube oder Twitch zu Alterskennzeichnungen verpflichtet. Im Fokus stehen Darstellungen von Gewalt oder Sexualität. Das neue Gesetz klammert jedoch das Suchtrisiko aus, das von Videospiele ausgeht.

Nach wiederholtem Hin und Her zwischen dem National- und dem Ständerat, hat das Parlament Ende September 2022 das Gesetz verabschiedet. Neben der Einführung von Altersregeln umfasst dieses die Förderung der Medienkompetenz von Jugendlichen. Dies ist aus Präventionssicht eine erfreuliche Nachricht. Die Aufnahme einer Regelung für Mikrotransaktionen wurde jedoch nicht berücksichtigt.

## 3. Unsere Forderungen

Nebst den Chancen, welche Online-Aktivitäten mit sich bringen, gibt es auch ein Gefährdungspotenzial. Für Sucht Schweiz stehen folgende Aspekte im Vordergrund:

### → Stärkung der Medienkompetenz

Diese muss bereits bei Kindern, aber auch bei Erwachsenen gefördert werden. Um die Mediennutzung der Kinder besser begleiten zu können, brauchen Erwachsene mehr Wissen über das digitale Angebot und wesentlich ist auch, dass sie verstehen, welche Funktion namentlich Videospiele und soziale Netzwerke für Jugendliche erfüllen (z.B. Zugehörigkeitsgefühl pflegen und die Identität aufbauen).

### → Hilfsangebote bekannter machen und den Zugang erleichtern

Wichtig ist, jene Menschen zu unterstützen, die Probleme bei Online-Anwendungen entwickeln. Solche Probleme betreffen die psychische und körperliche Gesundheit als auch die soziale Situation (Familie, Ausbildung, Arbeit). Damit Betroffene sowie Angehörige sich trauen, fachliche Hilfe zu suchen und sie dann auch zu finden, müssen die Beratungsangebote bekannter sein.

### → Verbot von Mikrotransaktionen in Videospiele

Aus Präventionssicht sind Kaufsysteme in Videospiele problematisch. So sind Lootboxen zu bezahlende Zufallsinhalte, welche laut Anbietern für einen zusätzlichen Spielanreiz stehen. Diese Tools, bei denen Spielende nicht wissen, was sie kaufen, haben Glücksspielcharakter. In Belgien beispielsweise, wo die bestehende Rechtsgrundlage die Einordnung der Lootboxen in der Kategorie der Glücks- und Geldspiele erlaubte, sind sie in Videospiele verboten. Dieses Beispiel zeigt, dass ein Verbot die fließende Grenze zwischen Video- und Glücksspielen angehen kann – eine Strategie, die auch in der Schweiz angewandt werden sollte. Zudem braucht es die Diskussion über die Programmierung von Medieninhalten, welche die Nutzenden zu binden versuchen. So macht man z. B. in Videospiele zu Beginn rasch Fortschritte und bekommt viel positive Rückmeldung. Das nimmt dann ab, so dass man immer mehr spielen muss, um weiterzukommen und gute Feedbacks zu bekommen.

### → Monitoring aufbauen

Es fehlt an epidemiologischen Daten über die Prävalenz der Videospiele-Nutzungsstörung. Ein entsprechendes Monitoring müsste – wie insgesamt im Suchtbereich – aufgebaut werden.

---

## Impressum

Url [www.suchtschweiz.ch/panorama](http://www.suchtschweiz.ch/panorama)

Herausgeberin Sucht Schweiz

Sucht Schweiz ist eine unabhängige, gemeinnützige Stiftung mit dem Ziel, Probleme im Zusammenhang mit dem Konsum psychoaktiver Substanzen und Verhaltensweisen mit Suchtpotenzial zu verhindern oder sie zu vermindern. Wir aktivieren und fördern die gesellschaftliche Debatte in diesem Bereich. Wir entwickeln und verbreiten wissenschaftliche Erkenntnisse, die es erlauben, die zugrundeliegenden Probleme zu verstehen, ihnen vorzubeugen und angemessen zu begegnen. Wir setzen uns für wirksame und gegenüber Betroffenen respektvolle Massnahmen und politische Rahmenbedingungen ein. Wir tragen zur Entwicklung schützender gesellschaftlicher Normen bei und fördern der Gesundheit zuträgliche Verhaltensweisen.

[www.suchtschweiz.ch](http://www.suchtschweiz.ch)

Copyright © 2023 Sucht Schweiz, Lausanne

*Alle Inhalte können mit Quellenangabe von Sucht Schweiz weiterverwendet werden.*

---